

Rüstet zum Reichsjugendtag!

Erwerbslose Jungarbeiter schreiben der „Roten Fahne“

Das „kleinere Uebel“ der SPD. spart — Die erwerbslose Jugend hungert — Kämpft mit den Jungkommunisten!

Kohluppe für 15 Pfennig

Uns jugendlichen Erwerbslosen in den Jugendheimen des Bezirksamtes Wedding droht ein neuer Abzug. Der allergrößte Teil von uns sind Wohlfahrtsempfänger, denen erst Anfang Februar 90 Pfennig verübt worden sind.

Die Mehrzahl der Jugendlichen wohnen in Schlafstellen. Sie sind also auf sich selbst angewiesen. Ein großer Teil bekommt keine Unterstützung, und die übrigen werden mit drei Mark wöchentlich abgepeilt.

Damit nicht genug. Die Herren in der Müllerstraße sind jetzt auf die Idee gekommen, unsere Kohluppe, die wir mittags erhalten, mit 15 Pfennig zu berechnen, uns also pro Woche 90 Pfennig abzuziehen.

Schon durch die letzte Notverordnung wurden unsere Sondervergünstigungen, wie die monatlich einmal stattfindenden Ausflüge und das wöchentliche Obstgeld, das für das ganze Heim den verhältnismäßig geringen Betrag von fünf Mark betrug, gestrichen. Vielleicht müssen wir in nächster Zeit auch noch die Vorträge, die bei uns gehalten werden, und mit denen man Unpolitische beeinflusst und verblöden will, aus unserer Tasche bezahlen!

Wir Jungkommunisten müssen gemeinsam mit den SAJlern und parteilosen Jugendlichen in den Heimen den Kampf gegen diesen Unterstützungsabbau führen. Einen Kampf, nicht mit der „Eisernen Front“ und nicht mit den Nazis, die die Arbeitsdienstpflicht wollen, sondern im Zeichen der roten Einheitsfront, unter Führung der KPD!

„Gesalzene“ Spitzbeine

An der Wismar-Edle Zmannkirchstraße spielte sich folgender Vorfall ab, der zeigt, was man der Jugend zu bieten mag. Ein Handwagen kam dort entlang gefahren, der zum Tagesheim des Bezirksjugendamtes Prenzlauer Berg in der Prenzlauer Allee hin wollte. Es befanden sich auf dem Wagen zwei Kübel mit Erbsen. Auf den einen Kübel war eine Schüssel gestellt, in der sich Spitzbeine befanden. Die Schüssel rutschte vom Handwagen runter und fiel auf die Straße in den Schmutz. Die Begleiter des Handwagens sammelten die dreifachschmierten Spitzbeine wieder in die Schüssel und fuhrten weiter zum Jugendheim. Dort wurden sie, ohne gesäubert zu werden, den notleidenden Jungarbeitern verabreicht.

„Erziehung“ im Städtischen Lehrlingsheim

Im Lehrlingsheim der Stadt Berlin, Luisenstraße 19, sind Lehrlinge und erwerbslose Jungarbeiter im Alter von 14 bis 21 Jahren untergebracht. Zur Pflege und Erziehung.

Der Leiter, Herr Kasper, welcher auch Stadtverordneter ist, bezieht die Jungen, die dem KPD angehören, bei jedem Anlaß als „Strolche und Verbrecher“. Außerdem droht er ihnen mit Fürsorgeerziehung.

Vom 14. bis 15. Jahr erhalten die Jungen 1 Mark wöchent-

Städtisches Schlackensteinwerk wird aufgelöst

Kommunistischer Antrag gegen die Liquidierung abgelehnt

In zwei Sitzungen beschäftigte sich der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit einer umfangreichen Magistratsvorlage über die Auflösung und die Weiterverpachtung der Berliner Schlackensteinwerke. In der letzten Sitzung nach einer nochmaligen Aussprache wurde ein Antrag der Kommunisten, der die Weiterführung der Schlackensteinwerke durch die Stadt Berlin fordert, von allen anderen Parteien abgelehnt. Die Mehrheit beschloß, die Magistratsvorlage unverändert anzunehmen.

Der Haushaltsausschuß befaßte sich dann noch mit den durch den Zusammenbruch der Handelsbank geschädigten Gewerbetreibenden. Er ersucht (!) den Magistrat, zur Beilegung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Kreise eine Stundung der Steuer und auch eine Zurückstellung der Gebühren für die Stände in den Markthallen zu gewähren.

Die Herabsetzung der Steuern und der Gebühren für die Stände in den Markthallen für die Kleingewerbetreibenden war schon immer die Forderung der kommunistischen Fraktion im Stadtparlament und im Haushaltsausschuß. „Erwachen“. Was dabei herauskommt, werden die Kleingewerbetreibenden Berlins bald verspüren und bestätigt erhalten, daß nur die Kommunisten auch die Interessen der notleidenden Mittelständler vertreten.

Der „unschuldige“ Kagenellenbogen

Der Schultze-Bahnhof-Prozess geht zu Ende. Die Verhandlungen, die wegen der großen Betrugsereien Kagenellenbogens geführt wurden, und die in ihrer kaufmännischen Geheimsprache dazu angetan waren, die Arbeiteröffentlichkeit über die kapitalistischen Machenschaften des großen Bierkonzerns zu täuschen, endeten gestern mit der geradezu grotesken Erklärung Kagenellenbogens: „Ich hoffe voller Zuversicht, daß Sie, meine Herren Richter, die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ich hier vom ersten bis zum letzten Wort die reine Wahrheit gesagt habe.“ Kagenellenbogen hat um Freispruch und Wiederherstellung seiner kaufmännischen Ehre. „Daß Sie mich freisprechen werden, ist mein fester Glaube.“

lich als Taschengeld, von 15 bis 17 Jahren 1,50 Mark und von 18 bis 21 Jahren 2 Mark. Und davon sollen wir uns Seife, Zahngläser, Krems und Bürste sowie Schuhcreme, Schuh- und Kleiderbürsten verschaffen. Davon sollen wir Haarschneiden und sämtliches Material für die Berufs- und Fortbildungsschulen beschaffen.

Wenn ein in Arbeit stehender Junge von seinem Lohn nicht alles abrechnet, dann läßt der Leiter gleich den Lohn sperren. Er tobt dann stundenlang mit dem Jungen herum und sagt: „Du betrügst die Stadt Berlin!“

Im Heim sind 54 Jungen. Der kleine Tagesraum dient als Aufenthalts- und Schlafraum. Die Mehrzahl ist gezwungen, in ihrem Schlafraum zu essen und sich dort aufzuhalten. Im Heim ist kein Baderraum sondern nur ein Waschraum. Immer bekommt man vom Leiter die Antwort: „Die Stadt Berlin muß sparen!“

Jungkommunisten hissen rote Fahne

Am Wahlsonntag herrschte reger Verkehr in den Arbeiterstraßen im roten Berlin. Ein Arbeiter guckte plötzlich an dem Hause Reimendorfer Straße 42 hinauf, wo zu jeder Wahl eine schwarzweiße Flagge gehißt war. In diesem Hause ist nämlich eine Fabrik für Kühlanlagen, der Chef ist Anhänger von Duesterberg. Doch diesmal hatte sich die Sache geändert. Die Jungkommunisten vom Wedding duldeten nicht, daß in der Barrikadengasse ein solcher Lappen weht und hielten darum an dem 9 Meter hohen Mast die rote Fahne mit Hammer und Sichel. So wie die Fahne hoch auf dem Wedding wehte, so werden wir Jungkommunisten vom Unterbezirk Nord zum zweiten Wahlgang und zum Reichsjugendtag ein Vorbild des Berliner Jugendverbandes sein.

„Glends“-Allee im Bezirksparlament

Kommunistische Anträge für die Erwerbslosen in Neukölln

Die skandalösen Zustände im Arbeitsamt Südost in der Sonnenallee, von den Erwerbslosen „Glendsallee“ genannt, werden durch den Druck der Kommunisten auf der Tagesordnung der nächsten Bezirksversammlung in Neukölln stehen.

Schon jetzt sind zahlreiche Anträge eingegangen und es scheint so, als ob viele Parteien, die bisher von dem Glend der Erwerbslosen nichts merkten, jetzt plötzlich ein „Herz“ für die Erwerbslosen haben. Aber beim näheren Ansehen der Anträge aller Parteien von SPD. bis zu den Deutschnationalen wird klar bewiesen, daß das alles Manöver sind, um die Erwerbslosen zu betrügen und zu täuschen. Allein die Kommunisten verlangen konkret die Beseitigung der unhaltbaren Zustände. Die kommunistischen Anträge fordern die Aufhebung der Stempelstelle Sonnenallee und Zurückverlegung in die alten Stempelstellen.

Freifahrtscheine für alle Erwerbslosen bis zur endgültigen Aufhebung des Arbeitsamtes Südost, Schaffung von gesundheitlich

einwandfreien Aufenthalts- und Unterkunftsräumen für die Erwerbslosen.

Herausnahme der Polizei und Verwendung dieser Räume für Sanitätszwecke.

Mehr als tausendmal ist der Antrag der SPD. Die SPD. und die Gewerkschaften hätten gewarnt, die Zustände in der Sonnenallee seien unhaltbar usw. Das ist so das Wesentliche in diesem sozialdemokratischen Antrag. Nichts gegen die Schuldigen, keine Forderung, die Abhilfe dieser Leben und Gesundheit der Erwerbslosen gefährdenden Zustände. Das ist der SPD-Antrag.

Wenn die Erwerbslosen diese Anträge miteinander vergleichen, können sie schon auf dem ersten Blick feststellen, daß nur die Kommunisten ihre Interessen rücksichtslos vertreten. Für die Anträge der Kommunisten im Neuköllner Bezirksparlament gilt es, die Erwerbslosen zu mobilisieren. Durch einheitlichen, geschlossenen Kampf müssen diese Forderungen Wirklichkeit werden.

16jährige Erwerbslose vermißt

Sie wollte ihren erwerbslosen Eltern nicht zur Last fallen — Rüstet zum Reichsjugendtag!

Seit dem 29. Februar d. J. wird die 16jährige Näherin Ursula Kost aus der Rositzstraße 27 vermißt. Das Mädchen war zuletzt in einer Schneiderwerkstatt beschäftigt. Als sie entlassen wurde, entfernte sie sich von zu Hause.

Der Fall Ursula Kost kennzeichnet die unbeschreibliche Not unter der werttätigen Jugend.

Am 27. Februar erfährt Ursula K., daß sie entlassen werden soll. Sie sagte zu ihren Arbeitskolleginnen, es sei ihr nicht mehr möglich, nach Hause zurückzukehren. Ihr Vater ist schon erwerbslos.

Die Mutter ist die einzige Ernährerin der Familie und sie könne es nicht über das Herz bringen, den Eltern nun auch noch zur Last zu fallen.

Ursula ist an diesem Tage noch nach Hause gegangen. Zwei Tage später verschwand sie. Die Eltern befürchten das Schlimmste.

Ursula ist ein hübsches Mädchen, trägt hellblonden Bobkopf und ist 1,68 Meter groß. Bei ihrem Verschwinden war sie mit

einem hellbraunen Stoffmantel, einem dunkelbraunen Hut und schwarzen Halbschuhen bekleidet.

Das Schicksal der Ursula Kost ist eins von Hunderttausenden in Deutschland. Sie fürchtet, den Eltern zur Last zu fallen. Sie hätte nämlich keinen Pfennig Erwerbslosenunterstützung erhalten. Das „kleinere Uebel“ der SPD-Führer, die Brüning-Regierung zahlt an 16 jährige erwerbslose Jungarbeiter keine Unterstützung. Keiner weiß bis heute, wo das Proletariatsmädchen in seiner Verzweiflung hingelaufen ist.

Aber eins wissen heute zehntausende Jungarbeiter: So kann es nicht weitergehen. Diese Zustände, die jeden Tag Jugendliche zu Verzweiflungsschritten treiben, können nur geändert werden durch den gemeinsamen Kampf aller Jungarbeiter gegen die Notverordnungsdictatur, gegen das „kleinere Uebel“ unter den Fahnen der KPD. und des kommunistischen Jugendverbandes. In diese Front gehört Ursula Kost, gehören alle anderen Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, die von demselben Schicksal bedroht sind. Am kommenden Reichsjugendtag des kommunistischen Jugendverbandes müssen sich Millionen junger Arbeiter in der roten Einheitsfront sammeln.

Haftbefehl gegen Polizeileutnant Nazi-Lange

Buchhalterin Müller wieder in Freiheit — Die Nazizelle in Severings Polizei

Gestern vormittag wurden gegen den nationalsozialistischen Polizeileutnant Kurt Lange sowie gegen den Naziwachmeister Schulz vom Untersuchungsrichter Haftbefehle erlassen. Die Braut des Wachmeisters, die Buchhalterin Gertrud Müller, und der ehemalige Polizeioberleutnant Schlüter wurden beide wegen „mangelnden Tatverdachts“ wieder auf freien Fuß gesetzt.

Es ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß die Buchhalterin Müller die wiedergewonnene Freiheit gründlich zu Gunsten der beiden in Haft Befindlichen ausnützen wird. Lange hat bekanntlich zusammen mit Schulz Pläne der Berliner Polizeikolonne, Volkswachen und Munitionslager beschafft und sie an die Nazi-partei gegeben. Während seiner Vernehmung bezeichnete Lange den ehemaligen Polizeioberleutnant Schlüter, der jetzt in Köln eine Weinhandlung betreibt und Mitglied der Nazi-partei ist, als seinen Auftraggeber. Er stand mit diesem auch in eifrigem Briefverkehr. Schlüter, der nach Berlin geholt wurde, bestritt natürlich, mit Lange zusammengearbeitet zu haben.

Obwohl Lange fest behauptet, daß Schlüter doch sein Auftraggeber war, hat ihn der Untersuchungsrichter aus der Haft entlassen.

Die Nazifläre, die nur durch einen Zufall an die Öffentlichkeit gelangte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Severings-polizei und die Justiz.

Potsdamer Stahlhelm-Korruption

Mildes Gefängnisurteil gegen den Stahlhelmer-Rauh

Im Potsdamer Korruptionsprozess gegen den Stahlhelmer Rauh, den Stadtbauinspektor beim Magistrat Potsdam, wurde gestern nachmittag das Urteil verkündet.

Der Stahlhelmer wurde wegen schwerer und einfacher Bestechung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Die mit ihm angeklagten Gebrüder Herbert und Werner Risse, Inhaber einer Potsdamer Baufirma, erhielten wegen Bestechung Geldstrafen von je 2000 Mark.

Angeichts der raffinierten Bestechungen des Stahlhelmers Rauh, der seit 1921 von Potsdamer Baufirmen Gelder forderte, wenn sie städtische Arbeiten haben wollten, ist das gefällte Urteil als außerordentlich mild anzusehen.